

schauung oder Religion —, so ist es das Recht und sollte es als Pflicht von allen empfunden werden, ihre Gedanken in die Politik ihres Staates einzubringen. So wie es die Verfassung unserer Republik vorsieht. Das Bündnis der in der Nationalen Front vereinten demokratischen Kräfte unseres Landes bleibt eine tragende Säule unserer sozialistischen Gesellschaft.

Als Partei der Arbeiterklasse wenden wir uns an die Arbeiterinnen und Arbeiter unseres Landes, an die führende Klasse unserer Gesellschaft, sich mit uns den Aufgaben der weiteren Stärkung des Sozialismus zu stellen. Von ihrem Fleiß, Einsatzwillen und politischen Verantwortungsbewußtsein hängt viel für das Wohl und Wehe unserer Deutschen Demokratischen Republik ab.

Unsere Republik hat eine kluge, fachlich hochqualifizierte, politisch verantwortungsbewußte Arbeiterklasse. Sie hat in der letzten Zeit - nicht zuletzt bei den Gesprächen mit Mitgliedern des Politbüros im VEB Bergmann-Borsig und im Werk für Fernsehelektronik Berlin, im Schwermaschinenbau-Kombinat »Ernst Thälmann« Magdeburg und auf der Elbewerft Boizenburg - viele Probleme beim Namen genannt. Aber die Arbeiterinnen und Arbeiter haben auch - wie es ihre Art ist - zugleich ihre Bereitschaft bekundet, zuverlässig ihre Verantwortung für die Lösung der komplizierten ökonomischen und politischen Situation wahrzunehmen.

Die Probleme, die sie angesprochen haben - die Diskontinuität in der Produktion, die ungenügende Durchsetzung des Leistungsprinzips, die ungerechtfertigten Disproportionen zwischen Produktion und Warenangebot, die schleppende Verwertung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse für die Produktion, die unzureichende Exporteffektivität und anderes mehr -, stehen auf der Tagesordnung der von uns zu lösenden Aufgaben. Wie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen über neun Millionen Mitgliedern als größte Interessenvertretung der Arbeiterklasse seine großen Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung, einschließlich einer neuen Qualität der Plandiskussion, noch besser ausschöpfen wird, hat der Vorsitzende des FDGB in seinem offenen Brief an